

Pressefoyer – Dienstag, 2. April 2013

**Moderne Verwaltung für die
Zukunft von Land und Gemeinden**
**Expertenteam checkt Verwaltungsstrukturen
auf Verbesserungs- und Sparpotenziale**

mit

Landeshauptmann Mag. Markus Wallner
Dr. Harald Schneider

(Vorstand der Abteilung Regierungsdienste im Amt der Landesregierung)

Moderne Verwaltung für die Zukunft von Land und Gemeinden

Pressefoyer, 2. April 2013

Die hohe Standortqualität, die Vorarlberg im Wettbewerb mit anderen Regionen auszeichnet, basiert unter anderem auf einer gut aufgestellten und leistungsfähigen Verwaltung. Der erfolgreiche Weg der letzten Jahre wird konsequent fortgesetzt, um Verwaltungsabläufe und -strukturen laufend weiter zu verbessern. Um fit für alle künftigen Herausforderungen zu bleiben, wird nun ein Expertenteam eingesetzt, das unter dem Motto "Zukunft der Verwaltung" die bestehenden Strukturen auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene systematisch auf Verbesserungsmöglichkeiten und Einsparungspotenziale durchleuchtet, informiert Landeshauptmann Markus Wallner.

Vorarlbergs Verwaltung arbeitet effizient. In den Jahren 2009 bis 2011 wurden drei Viertel der Betriebsanlagenverfahren innerhalb von drei Monaten und über 91 Prozent innerhalb von sechs Monaten in erster Instanz erledigt.

Im Ländervergleich bewältigt Vorarlberg in der Hoheitsverwaltung des Landes seine Aufgaben mit dem geringsten Personalstand (2,6 Vollzeitbeschäftigte pro 1.000 Einwohner). Dabei ist zu berücksichtigen, dass kleine Länder in den Zentralverwaltungen einen ähnlich hohen Aufwand wie bevölkerungsstarke Länder haben.

Die durchschnittliche Einwohnerzahl pro politischem Bezirk (ohne Statutarstädte) beträgt in Vorarlberg 92.800 Einwohner, in der Steiermark (vor der Verwaltungsreform) 59.300 Einwohner. Wenn die Steiermark die Zahl ihrer Bezirkshauptmannschaften von 16 auf 12 reduziert, kommt sie auf 79.000 Einwohnern pro Bezirk, das ist immer noch deutlich unter dem Einwohnerschnitt in Vorarlberg.

Ein Vergleich der Rechnungsabschlussdaten durch das Institut für Verwaltungsmanagement in Innsbruck zeigt, dass die Gesamtausgaben pro Einwohner im Land Vorarlberg nach Oberösterreich am zweitniedrigsten sind. Dasselbe gilt für den Schuldenstand pro Einwohner. Die Ausgaben für das Amt der Landesregierung liegen im Österreichschnitt bei 200 Euro pro Einwohner, Vorarlberg liegt um 39 Euro darunter (161 Euro).

Eine Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut GfK Austria im Jahr 2010 hat für die Verwaltung in Vorarlberg erfreuliche Ergebnisse gebracht. Die Bevölkerung stellte den Gemeinden und dem Land in

allen abgefragten Bereichen ein gutes Zeugnis aus. Im Vergleich mit den anderen Ländern war Vorarlberg in allen Kategorien – Bürgernähe, Sparsamkeit, Leistungsfähigkeit, Reformfreudigkeit, wirtschaftliche Entwicklung – unter den Top Drei, bei über 80 Prozent der Antworten sogar auf Platz eins.

Bundesländer im Zukunftscheck – Beurteilung der Verwaltung auf Gemeindeebene

	BGL	KTN	NÖ	OÖ	SBG	STMK	T	V	W
Bürgernähe	–	+	+	+	+	+	–	+	–
Sparsamkeit	+	–	+	+	+	+	–	+	–
Leistungsfähigkeit	+	+	+	+	–	+	–	+	–
Reformfreudigkeit	–	+	–	+	–	–	+	+	–
Politisches Engagement	+	–	+	+	–	+	–	+	–
Wirtschaften mit Budget	+	–	–	+	+	+	–	+	–
Wirtschaftliche Entwicklung	+	–	–	+	+	–	–	+	–
Gesamtbeurteilung	–	+	+	+	+	+	–	+	–

 VLK-InfoGrafik

Bundesländer im Zukunftscheck – Beurteilung der Landesverwaltung

	BGL	KTN	NÖ	OÖ	SBG	STMK	T	V
Bürgernähe	+	–	+	+	+	–	–	+
Sparsamkeit	+	–	+	+	+	–	+	+
Leistungsfähigkeit	+	–	+	+	–	–	+	+
Reformfreudigkeit	+	–	+	+	–	–	+	+
Politisches Engagement	+	–	+	+	–	–	+	+
Wirtschaften mit Budget	+	–	+	+	–	–	+	+
Wirtschaftliche Entwicklung	+	–	+	+	+	–	+	+
Gesamtbeurteilung	+	–	+	+	–	–	+	+

 VLK-InfoGrafik

Zur Erläuterung der Grafiken:

Bemessungsreferenz ist jeweils der bundesweite Mittelwert. Grüner Punkt bedeutet überdurchschnittliche Bewertung, rot ist unter dem Durchschnitt.

Klarer Arbeitsauftrag mit Blick auf künftige Herausforderungen

Der Vorarlberger Landtag hat die Landesregierung mit der Aufgabe betraut, einen breit angelegten Prozess zu initiieren, der sich den künftigen Herausforderungen für die Verwaltung in Vorarlberg widmet. Im Austausch mit den Klubobleuten der vier im Landtag vertretenen Parteien wurde ein konkretes Konzept ausgearbeitet. In dessen Zentrum steht die Einsetzung einer Kommission von Verwaltungsexpertinnen und -experten.

Dieses Team wird nun seine Tätigkeit aufnehmen und ist dabei mit einem klaren Arbeitsauftrag ausgestattet, erläutert Landeshauptmann Wallner: "Die Verwaltungsstrukturen in Vorarlberg werden auf ihren Servicecharakter, auf Doppelgleisigkeiten und mögliche Spielräume für Optimierungen genau untersucht. Die Fachleute werden die Aufgabenverteilung zwischen den Verwaltungsebenen prüfen, Vorschläge erarbeiten und diese hinsichtlich Umsetzbarkeit, Qualitätssteigerung und Einsparungspotenzial bewerten. Die konkreten Reformempfehlungen der Kommission müssen im Kompetenzbereich des Landes liegen."

Breite Besetzung

Um das Thema umfassend betrachten und diskutieren zu können, wurde Wert darauf gelegt, die Kommission fachlich möglichst breit zu besetzen. Fachleute aus den verschiedenen Verwaltungsebenen (Land, Bezirke, Gemeinden) und -bereichen sowie von Kontrolleinrichtungen sind ebenso vertreten wie Repräsentanten von Interessensvertretungen und der politischen Parteien.

Unterstützt wird der Prozess von Integrated Consulting Group (ICG), einem österreichischen Beratungsunternehmen mit reichhaltiger Erfahrung, das schon mehrere ähnliche Prozesse in Ministerien und in anderen Bundesländern erfolgreich begleitet hat.

Ambitionierter Fahrplan

Am Beginn der Arbeit steht eine Standortbestimmung, wobei ein Vergleich mit Landes- und Gemeindeverwaltungen anderer Länder angestellt wird. Der offizielle Startschuss fällt mit dem Symposium "Zukunft der Verwaltung" am Freitag, 5. April 2013, im Montfortsaal des Landhauses. Namhafte Fachleute aus dem In- und Ausland werden in Vorträgen und Diskussionen ihre Kompetenz und Inputs für die weitere Arbeit einbringen. Geplant ist, dass die Expertenkommission im Februar 2014 ihre Ergebnisse der Vorarlberger Landesregierung vorlegen kann.

Effiziente Verwaltung als Standortvorteil

Eine verlässliche und effiziente Verwaltung sowie Behördenverfahren, die im Sinne von Bevölkerung und Wirtschaft korrekt und zügig abgewickelt werden, sind entscheidend, um als Wirtschafts- und Produktionsstandort nachhaltig attraktiv und erfolgreich zu bleiben, betont Landeshauptmann Wallner: "Hier verfügt Vorarlberg über ein bestimmendes Qualitätsmerkmal. Die gut ausgebildeten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landes- und Gemeindedienst stellen mit ihrem engagierten Einsatz sicher, dass alle Anliegen so unbürokratisch wie möglich erledigt werden."

Schon in den vergangenen Jahren wurde konsequent an einer ständigen Weiterentwicklung und Verbesserung der Vorarlberger Landesverwaltung gearbeitet. Dabei wurden zahlreiche wichtige Reformschritte gesetzt:

New Public Management:

Das Programm "V aufkurs" ermöglicht eine verbesserte Steuerung der Verwaltung auf allen Ebenen von der politischen Führung über die Verwaltungsführung bis in die einzelnen Fachbereiche. Mittels Leistungsvereinbarung, Berichtswesen und Wirkungsanalyse werden die Zusammenhänge zwischen Wirkungen, Leistungen und Ressourcen dargestellt.

Neues Gehaltssystem und Reform der Beamtenpension:

Im Jahr 2000 wurde die Pragmatisierung im Landesdienst abgeschafft und ein modernes Gehaltssystem eingeführt, das auf den Grundsätzen der Funktions- und Leistungsorientierung sowie der Marktkonformität aufbaut. Das Stellenbewertungssystem und die Bezüge im Vergleich zur Privatwirtschaft und anderen Gebietskörperschaften werden derzeit evaluiert.

Durch die Abschaffung der Pragmatisierung Ende 2000 wurden für alle neu eingetretenen Landesbediensteten die Regelungen des ASVG-Pensionsrechts wirksam. Seit 2010 ist auch ein reformiertes Pensionsrecht für die Vorarlberger Landesbeamten in Kraft.

Verbesserte Organisation:

In der Landesverwaltung wurden in den letzten Jahren zahlreiche Organisationsentwicklungsprojekte durchgeführt, um Strukturen zu optimieren und Abläufe zu vereinfachen. Dazu zählen

- die Einrichtung von Kundenservicecentern in den Bezirkshauptmannschaften (in Dornbirn 2003, in Bregenz 2006, in Bludenz 2009, in Feldkirch 2011);

- die Neugestaltung der Abteilung Wohnbauförderung als zentrale Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger für alle Fragen im Zusammenhang mit Bauen und Wohnen (nach dem Prinzip des "One Stop Shop" und mit Kundenservicecenter seit 2008);
- die Neuorganisation der Bereiche Wasserwirtschaft, Straßenbau, Vermögensmanagement und Gebäudewirtschaft, Lebensmittelkontrolle und Lebensmitteluntersuchung, Forstwesen;
- die Zusammenlegung von Maschinenwesen mit Elektro- und Seilbahntechnik (September 2009);
- die Schaffung eines Kompetenzzentrums Veterinär;
- die Integration der Schulabteilungen der Bezirkshauptmannschaften in die Schulabteilung im Amt der Landesregierung (September 2012).

E-Government, EDV-Verbesserungen:

Auf www.vorarlberg.at gibt es über 100 Web-Formulare. Durchschnittlich werden pro Quartal rund 10.000 Anträge gezählt. Zu den meistverwendeten Web-Formularen zählen die Bestellformulare der Landesbibliothek, die Gewerbebeanmeldung sowie Anträge auf Studien- bzw. Forschungsaufenthalte im Ausland.

Im Rahmen des Projektes SOVA (Soziale Verfahren automatisiert) wird eine vollständige elektronische Abwicklung des Verfahrens über die Finanzierung von Leistungen niederschwelliger Einrichtungen realisiert. Mit SOVA werden pro Jahr etwa 80.000 Anträge mit einem Fördervolumen von rund 35 Millionen Euro auf elektronischem Wege weitgehend automatisch abgewickelt.

Schon in den Jahren 1998 und 2005 wurden Verwaltungskooperationen in Sachen E-Government zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vereinbart.

Modernes Rechnungswesen:

Bereits im September 1996 hat die Vorarlberger Landesregierung beschlossen, in der Landesverwaltung flächendeckend eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen einzuführen. Im Jahr 2000 wurde der erste flächendeckende Kostenrechnungsabschluss erstellt. Ein Prüfbericht des Landes-Rechnungshofes vom Oktober 2008 sieht Vorarlberg im Vergleich mit anderen Bundesländern bezüglich Entwicklungsstand und Ausrollungsgrad der KLR im Spitzenfeld.

Erwähnenswert ist ebenso, dass beim Land Vorarlberg schon seit den 1950-er Jahren ein doppisches Rechnungswesen (kurz Doppik) im Einsatz ist, bei den Vorarlberger Gemeinden seit 1945. Die Doppik hat gegenüber dem kameralen Rechnungswesen eine Reihe von Vorteilen. Auch in diesem Bereich hat Vorarlberg also schon sehr früh moderne Wege beschritten.

Partnerschaft zwischen Gemeinden fördern:

Der Zusammenarbeit der Gemeinden kommt angesichts der erhöhten fachlichen und finanziellen Anforderungen eine zunehmend starke Bedeutung zu. Deshalb wurden im Bereich der Gemeindekooperationen eine Reihe von Förderanreizen gesetzt, etwa im Bereich der Investitionsförderungen (schon ab zwei Gemeinden), bei der Personalkostenförderung (Kindergarten, Kinderbetreuung, Schülerbetreuung), der Strukturförderung, der Kooperationsförderung für die Bereiche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigungsanlagen und nicht zuletzt im Bereich der Altenpflege.

Stärkung des Rechtsschutzes durch Landesverwaltungsgerichte:

Eine "wichtige Weichenstellung zur Stärkung des Rechtsschutzes in Österreich" sieht Landeshauptmann Wallner in der Einführung von Landesverwaltungsgerichten in den Ländern mit 1. Jänner 2014. Auf Bundesebene werden ein Bundesverwaltungsgericht sowie ein Bundesfinanzgericht eingerichtet. Das Landesverwaltungsgericht entscheidet über Beschwerden in Angelegenheiten der Landesverwaltung und grundsätzlich auch in Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung und Sicherheitsverwaltung.

Durch diese Reform wird der Instanzenzug deutlich abgekürzt (Ausnahme: In Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung soll der innergemeindliche Instanzenzug bestehen bleiben). Damit sei eine langjährige Vorarlberger Forderung nach einem verbesserten und beschleunigten Rechtsschutz endlich erfüllt, betont Wallner.

Mehr als 120 weisungsfreie Berufungsbehörden des Bundes und der Länder können abgeschafft werden und gehen in den neuen Verwaltungsgerichten auf. Dazu zählen insbesondere der Unabhängige Verwaltungssenat, der Landes-Agrarsenat sowie das Landesabgabenamt.

(verwaltungsstrukturen.pku.doc)

Folgende Personen werden der Expertenkommission angehören

- Mag. Günter Kradischnig (ICG; Projektleiter)
- Mag. Norbert Quinz (ICG)
- Dr. Herbert Schmalhardt (Direktor des Landes-Rechnungshofs)
- Mag. Gabriele Strele (Landesvolksanwältin)
- Dr. Borghild Goldgruber-Reiner (Landtagsdirektorin)
- Univ.Do. Dr. Peter Bußjäger (Leiter des Instituts für Föderalismus)
- Dr. Harald Schneider (Vorstand der Abteilung Regierungsdienste im Amt der Landesregierung)
- Dr. Reinhold Köpfle (Abteilung Regierungsdienste, Leiter Verwaltungsentwicklung)
- Dipl.-Kfm. Guntram Chisté (Abteilung Regierungsdienste, Verwaltungsentwicklung)
- Dr. Matthias Germann (Vorstand der Abteilung Gesetzgebung im Amt der Landesregierung)
- Mag. Markus Vögel (Vorstand der Abteilung Personal im Amt der Landesregierung)
- Ing. Thomas Gayer (Vorstand der Abteilung Informatik im Amt der Landesregierung)
- Dr. Helgar Wurzer (Bezirkshauptmann von Dornbirn)
- Dr. Otmar Müller (Geschäftsführer des Gemeindeverbandes)
- Ferdinand Gabriel, MBA (Geschäftsführer der Gemeindeinformatik)
- Betr.oec. Martin Duelli (Stadt Feldkirch, Personalservice)
- Je eine Vertreterin/ein Vertreter der Landtagsklubs von ÖVP, FPÖ, Grünen und SPÖ
- Je eine Vertreterin/ein Vertreter der Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes